

THESEN ZUR INNEREN LAGE DER SCHWEIZ NACH DEM 2. KRIEGSJAHR.

1. Nach langen Jahren langsamem Anstiegs erreichte die rückenschrittliche Stellung in der Schweiz in den ersten Kriegsjahren sprunghaft ihren vorläufigen Höhepunkt. In geschickter Ausnutzung der durch die Siege des europäischen Faschismus geschaffenen internationalen Lage und der Schwäche der reformistisch und stalinistisch verfassten Arbeiterbewegung ging die schweizerische Bourgeoisie bei Kriegsausbruch von der getarnten zur offenen Form ihrer Diktatur über ohne auf irgend welchen ernsthaften Widerstand zu stoßen. Auf Grund der den Bundesrat am 30.8.39 vom Parlament einstimmig (bei Stimmenenthaltung der Stalinisten) erteilten Vell achtet wurde das Land einer paramilitärischen Verhältnissen, bürokratischen Diktatur vom militär-Polizeitypus unterstellt.

Höhepunkt der Reaktion entsprach der Tiefstand der Arbeiterbewegung. Er ist charakterisiert durch die Intensivierung der Burgfriedens- und Zusammensetzungspolitik, je den völligen Übergang auf die reaktionärsten Positionen der Bourgeoisie, durch die reformistische Führung; die völlige Deroorientierung des Stalinismus als Folge des Stalin-Hitler-Paktes und die darauf folgende, praktisch vollständige Ausschaltung der Stalinpartei durch Verbotmassnahmen (mit Ausnahme der welschen Schweiz, wo die P. ihre Tätigkeit illegal aufrechterhalten konnte); die Liquidierung der einzigen, revolutionären Organisation durch ein militärstrafverfahren; und durch die Durchdringung fast der Gesamtheit der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen mit der Ideologie der nationalen Einheit.

2. Die der Arbeiterklasse und Teilen des Kleinbürgertums auferlegten Kriegsentbehrungen, vor allem aber die Niederlagen Hitlerdeutschlands, die Siege der Roten Armee und schließlich der Sturz Mussolinis, führten zu einer Stimmungsumschwung bei den Massen, zu einer gewissen Radicalisierung und Entwicklung nach links, die im wesentlichen im wiedererwachten reformistischer Illusionen bei den sozialdemokratischen, in einer blinden Hoffnung auf die Sowjet-Union bei den ehemals stalinistischen und bei unpolitischen Arbeitern (die Rote Armee wird es schaffen, sie wird uns den Sozialismus bringen) bestand, ausnahmsweise jedoch bis zum Besiechen revolutionärer Positionen Fortschritt. Die Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich in einer Zunahme der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften, einer Zunahme der sozialdemokratischen Wähler bei allen kantonalen und gesamt-schweizerischen Wahlen seit 1943, einer wiedererwachenden Aktivität der Stalinisten, die nach ihrer Legalisierung unter dem Namen Partei der Arbeit (Anfang 1944) in kurzer Zeit zur Partei wurden und erhebliche Erfolge errangen, und -natürlich nicht sichtbar- in einer etwas verbreiteten Aktionsmöglichkeit der proletarischen Revolutionäre.

3. Verglichen mit der Entwicklung Gesamteuropas, mit der Entwicklung der Schweiz, Arbeiterbewegung im letzten Krieg, hat der vorstehend skizzierte Zug nach links ein bisher äußerst langsames Tempo angenommen. Noch verfügen in allen kantonalen Parlamenten und Regierungen (mit Ausnahme von Basel-Stadt) die Parteien der Bourgeoisie über eine solide Mehrheit und in verstärktem Maße gilt dies für die eidgenössischen Behörden. Ein direktes Eingreifen der Massen in die politische Entwicklung ist erst in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der sogenannten "Huberung der Schweiz von faschistischen und nazistischen Elementen" gelegentlich vorgekommen, indem in mehreren Städten "Mauer bekannter Nazis anlässlich von Massendemonstrationen demoliert wurden. Diese Aktionen beschränkten sich aber vielfach auf halbwichtige, ohne die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu erfassten.

a) reibbewegungen bildeten während des ganzen Krieges eine Seltenheit; in den letzten halben Jahren hat ihre Häufigkeit zugenommen, doch nahmen sie bisher selten beträchtlichen Umfang an. Wenn daher ein bürgerlicher Journalist in einem Rückblick auf das Jahr 1944 die "ruhige Stetigkeit" der Entwicklung als wesentliches Kennzeichen der innerpolitischen Lage hervorhebt (Basler Nachrichten 29.12.1944), so kann von dieser Charakterisierung bepflichten und mit einiger Einschränkung auch für das erste Semester 1945 gelten lassen. Im Gegensatz zu einer Reihe von europäischen Ländern ist die Wachtposition der Bourgeoisie in der Schweiz noch nicht unmittelbar bedroht, ja äußerlich kaum angetastet.

4. Die Gründe für die aufgezeigte politische Stabilität sind verschiedener Natur.

a) Das Fehlen einer Grubenindustrie und einer hochkonzentrierten Schwerindustrie, die Verstreitung der Fabriken und der Fabrikarbeiter über das ganze Land (nur 1/7 der Fabrikarbeiter arbeitet in Städten mit über 100.000 Einwohnern, die grosse Mehrheit in ländlichen Gemeinden) und der daraus resultierende bürgerlich-kleinbürgerliche Einfluss, der relativ hohe Lebensstandard der städtischen Arbeiter, ermöglicht durch Extraprofite aus dem Kapitalexportgeschäft und entsprechende kleinbürgerliche Entartung der Arbeiteraristokratie, kleinstädtische Verhältnisse, bilden objektive Gründe für die relative Rückständigkeit der schweiz. Arbeiterbewegung. Sie hinderten jedoch nicht, dass während des letzten Weltkrieges schon 1917 eine kräftige revolutionäre Entwicklung einsetzte, gekennzeichnet durch sprunghafte Emporenschwellen der Streikziffer, antimilitaristische Aktionen und Aktionen usw., die schließlich im Landesgeneralstreik und in einem, zwar mit ungenügenden Mitteln unternommenen, Versuch zur Machtübernahme durch die Arbeiterklasse gipfelte.

b) Die wesentlichen, und als Vergleich zum letzten Weltkrieg teilweise neuen Momente waren die folgenden:

Der von der Zunahme, durch Hitlerdeutschland herrührende Druck, der ein Hindernis für den Klassenkampf der Unterdrückten, einen Vorteil für die Bourgeoisie darstellte.

Die gute Wirtschaftslage, das Fehlen von Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung, der im Vergleich zu den umliegenden Ländern relativ hohe Lebensstandard der Massen.

Die geschickte Politik der Bourgeoisie, die ihre ständige wirtschaftliche und politische offensive gegen Proletariat und Kleinbürgertum mit aktiver Hilfe der reformistischen Führer auszeichnet zu tun verstand, und die sich fähig ehrte, die elementarsten Lebensbedürfnisse der Massen an Nahrung und Kleidung zu erfüllen.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung inf. Lge des Fehlens einer revolutionären Partei.

5. Heute sind die Voraussetzungen für die politische Stabilität teilweise verschwunden oder im teilweise begriffen, die Lage der Bourgeoisie wird wachsend kritischer. Sie sieht sie auf nahe Ficht einer ernsthaften industriellen Krise aus Rohstoffmangel (Schweden) gegenüber, auf weite Ficht der erdrückenden Konkurrenz der angelsächsischen Kapitalisten. Die Möglichkeit, ihre offene Diktatur als "vom Volk gebilligte", kriegsbedingte Notmaßnahme darzustellen, ist vorbei. Um ihr weiterhin ein parlamentarisch "demokratisches" Mantelchen umhängen zu können, wären angesichts der Massenstörung ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Konzessionen an Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse nötig (Altersversicherung, Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, Lohnerhöhungen etc.), die den Profit und die internationale Konkurrenzfähigkeit des schweizerischen Kapitalismus in Frage stellen würde. Diese Lage spiegelt sich in der andauernden "Verfassungskrise", d.h. der Unmöglichkeit für die Bourgeoisie zu den verfassungsmäßigen Regierungsmethoden mit ihren direkten Volksbefragungen zu-

Fürzukehren. Selbst im Parlament sah sich der Bundesrat während der diesjährigen Frühjahrs- und Sommersessionen in einer Reihe von Fragen (Milchpreis, Sold erhöhung in der Armee, Staatschutzgesetz, Nichtabban des Vollmachtenregimes etc.) einer nach Koncessiengen drängenden Opposition reformistischer, bürgerlicher und linkskapitalistischer Parlamentarier gegenüber.

Weitere Schwierigkeiten erneuern der Bourgeoisie aus außenpolitischen Gründen. Die von ihr während des Krieges aus Klassennotwendigkeiten und Klassensolidarität verfolgte pro-faschistische und antisowjetische Politik bietet einen starken Nebel zur Entlarvung der Reaktionären, gesellschaftlicher Kelle auch der schweizerischen Käitalistenklasse. Ferner gibt sie dem angloamerikanischen Imperialismus einen willkommenen Vorwand, die Schweizerbourgeoisie mit dem Ziel der Einverleibung in sein ökonomisches System unter Druck zu setzen.

6. Die Bourgeoisie verfolgt in dieser widersprüchsvollen Lage folgende Politik:

Aussenpolitisch sucht sie um den Preis bedeutender Koncessiengen eine Stütze im angloamerikanischen Kapitalismus zu finden, ohne verläufig jedoch bereit zu sein, ihre Unabhängigkeit völlig aufzugeben.

Innopolitisch versucht sie einerseits durch Entgegenkommen an bestimte, kleinbürgerliche und kleinkapitalistische Beichten (Bewilligungspflicht, neue Wirtschaftsstatistik) diese vom übrigen Kleinbürgertum und vom Proletariat zu trennen, andererseits durch geringfügige Koncessiengen und sozialdemokratische Maßnahmen (Ersinnahme eines Sozialdemokraten in den Bundesrat, Aufhebung der Parteienverbote, Bewilligung von Zeitungen der PDA, Aufhebung des Grosssteils der Preszensurverordnungen, Verlängerung der Frist für die Einweisung in Arbeitsdienstabschente bei Arbeitslosigkeit, Abschaffung der Arbeitsdienstpflicht etc.) der kleinbürgerlich-demokratischen und proletarischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Während sie damit äußerlich einen bedeutenden Schritt von der offenen Form ihrer Diktatur zurück zur getarnten getan hat, versucht sie gleichzeitig von den gesetzlichen Grundlagen der ersteren, die sie anfang des Krieges so leicht eroberte, möglich viel in die Nachkriegszeit herüberschmuggeln, nachdem sie mit dem Staatschutzgesetz (vom 27.2.45) die letzten Lücken in der Gesetzgebung gegen die freie Meinungsausserung geschlossen hat. So sind z.B. die wesentlichen Bestimmungen des Schutzhaftgesetzes (vom 4.3.45) noch voll in Kraft, obwohl das Gesetz bei der Aufhebung des Aktivdienstzustandes (20.8.45) formell aufgehoben wurde! Tatsächlich hat die Bourgeoisie von ihren ökonomischen und politischen Positionen noch keine einzige von Bedeutung aufgegeben. Sie sucht Zeit zu gewinnen (Verschiebung der Debatte über den Abbau der Voll arbeit auf die Herbstsession der Bundesversammlung!) in der Hoffnung, die innen- oder aussenpolitische Entwicklung werde ihr erlauben, den bisherigen Kurs noch weiterszuführen.

Vor allem aber sucht sie ihr wesentliches Machtinstrument, die Armee, zu konservieren und auszubauen. Um die Armee reformpläne der sozial. Offiziersgesellschaft (1jährige Rekrutenschule etc.) ist es zwar für den Moment, angesichts der Reaktion in der Öffentlichkeit still geworden und Bundesrat Kobelt erklärte am 13. Mai 45 vor dem freisinnigen Parteitag: "Die öffentliche Diskussion von Armeereform läuft ist heute verfrüht". Dafür wurden aber etwa ein Drittel der die Armee betreffenden Preszensurbestimmungen bisher in Kraft gelassen, das politische Leben in der Armee wird weiterhin nach Kräften behindert und für den Fall, dass die Ruppe für ihre Zwecke doch nicht voll zuverlässig sein sollte, hat die Bourgeoisie seit langem die Heerespolizei zu einer selber bewaffneten, vollmotorisierten Eliteeinheit ausgebaut.

Die Bourgeoisie verfügt also auch über alle juristischen und nachmässigen Grundlagen zur offenen und brutalen Ausführung ihrer Diktatur. Sie wird wenn nötig und möglich den parlamentarisch-demokratischen Anteil, der diese Aktionen verschleiert, von einem Tag zum andern wieder abwerfen.

Das Proletariat hat zahlenmäßig beträchtlich zugenommen, gleichzeitig wurde die Differenzierung in qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter, in Arbeitende und Angestellte durch eine weitgehende "Gleichschaltung" auf der Basis des Existenzminimums vermindert, wodurch die Grundlage für gemeinsame Klassenaktionen tragfähiger wurde. Vor allem aber ist eine Änderung in der Auseinandersetzung und Entwicklung des Kleinbürgertums im Vergleich zum letzten Krieg festzustellen.

Das städtische Kleinbürgertum hatte unter den Auswirkungen der Mobilisation und der Teuerung wirtschaftlich durchschnittlich ebenso oder mehr zu leiden als das Proletariat. Gleichzeitig war es (zusammen mit den Kleinkapitalisten) einer ständigen, unter dem Deckmantel der "Kriegswirtschaft" geführten, direkten Offensive der Monopolverbündnis unterworfen.

Das Kleinbürgertum konnte sich während des Krieges wirtschaftlich etwas erhöhen, aber im Kreis einer enormen Überarbeitung im Rahmen des "Kehrranbaus". Die Erfahrungen des letzten Krieges und die bereits aufgetretenen Anzeichen für eine Entwicklung der Politik der Bourgeoisie in der Agrarfrage haben vielen Bürgern die Augen geöffnet, dass sie nach diesem Krieg wieder die Geprillten sein werden. Die Stimmung auf dem Lande ist entsprechend verbittert, vor allem in der Inneren Schweiz. Entscheidend für den Gang der Nachkriegsentwicklung wird sein, ob sich diese Verbitterung gegen die Bourgeoisie oder gegen die Arbeiterschaft wenden wird. Die meistten "Bauernführer" (meist grosse Mittel- und Grossbauern) versuchen die Bauern in die zweite Richtung zu drängen, doch fehlen auch andere Stimmen nicht.

Von der richtigen Politik der Arbeitersklasse wird es abhängen, auf welche Seite sich die kleinbürgerlichen, ausgebauten Beichten schließlich stellen werden.

Die Möglichkeit, sie auf die Seite des Proletariats zu ziehen und damit eine der Voraussetzungen für die Machtübernahme durch dieses zu schaffen, ist ganz bedeutend günstiger als 1918. Es gilt, sie zu nutzen.

8. Aus der in den vorstehenden Abschnitten skizzierten Lage ergeben sich als wichtigste Schlussfolgerungen in bezug auf unsere Tätigkeit folgende allgemeinen Richtlinien:

- a) Das vorläufige Eiterherstellen der juristischen Grundlagen für schwere Unterdrückung revolutionärer Tätigkeit zwinge die revolutionäre nach wie vor zu äusserster Vorsicht. Das momentane Aufhören der politischen Verfolgungen ist kein Grund zu Fehlendruck.
- b) Die vollständige Rückkehr der Bourgeoisie von der offenen zur getarnten Form ihrer Diktatur würde die Bewegungsmöglichkeiten der proletarischen Revolutionäre stark erweitern. Die vollständige Aufhebung der Vollmachten, die Rückkehr zu den verfassungsmässigen Regierungsmethoden bleibt eine der zentralen Lösungen der unmittelbaren Zukunft. Dabei muss im Auge behalten werden, dass auch nach völliger Abbau des Vollmachtenregimes die Bourgeoisie im neuen Strafgesetzbuch eine starke Kaffe zur Bekämpfung revolutionärer Tätigkeit - sei sie auch nur propagandistischer Natur - in Händen hält.
- c) Die teilweise Aufhebung der Diktaturgesetzgebung der Kriegszeit schafft Möglichkeiten zur Schaffung eines legalen Sprechrohrs der W.A. Dessen Notwendigkeit ist heute, angesichts der wachsenden Bereitschaft vorgesetzter Arbeiter, auf uns zu hören, besonders gross. Das dieses Organ nicht alles sagen kann, ist im Kauf zu nehmen. Seine notgedrungen unvollständigen Stellungnahme müssen durch wundliche Ergänzungen berichtigt werden.

9. Zu den Aufgaben dieses Organs gehören neben der Propagierung der unter 8b angeführten Lösungen u.a.:

a) Erörterung und Propagierung eines sozialistischen Rechtaprogramms im Zusammenhang

- aa) mit dem Programm "Neue Schweiz" der SP
- bb) mit der nun anstehenden Diskussion um die Teil- oder Totalrevision der Bundesverfassung. Diese bietet u.a. die Möglichkeit, Vorschläge für

einen grundsätzlich neuen Staatsaufbau (nach dem Mütterprinzip) legal in die Diskussion zu werfen.

b) Erörterung und Propagierung eines sozialistischen Aktionsprogramms im Zusam enhang

aa) mit der gegenwärtigen Anstellungs (Arbeitslosigkeit, e warzhandel, Teuerung etc.)

bb) mit den Nachkriegsproblemen (Altersversicherung, Arbeitsbeschaffung usw)
aber ist vor allem auch die richtige Politik gegenüber dem nichtausbeutenden Kleinbürgertum wesentlich.

Als zentrale Lösung des Aktionsprogramms ist die Forderung nach einer kapitalistenfreien Regierung anzusehen, die im geeigneten Zeitpunkt erhoben werden muss.

c) Gleichzeitig ist der Übergang zu weitergehenden Lösungen propagandistisch vorzubereiten. Hierzu gehört vor allem die Aufdeckung von Aufbau und Funktion des bürgerlichen Staatsapparats und die Kritik an demselben. Die heute noch aufhebung der Zensur langsam bekanntwerdenden Tatsachen betreffend die Zensur, die Behandlung der Flüchtlinge (vor allem der Russen), die Eigeneumünzung der Behörden (im Falle Edda Ciano, der Papierknappheit, des Kriegsexports etc.), die nicht vorankommende Sünderung und anderes bilden dazu äußerst günstige Anlässe.

d) Die Möglichkeit zur legalen Mütterkeit im skizzierten Sinn hängt außer von der allgemeinen Lage (gesamteuropäische Entwicklung) auch mit von unserer Fähigkeit ab, das, was wir wollen, in einer Sprache zu erklären, die nicht durch allzu bekannte marxistische Fachausdrücke die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Polizei geradzu provoziert. Die Möglichkeit von Verbot oder gerichtlichen Verfolgung des Organs ist natürlich trotzdem stets vorhanden und muss in Kauf genommen werden.